

05.08.2025

PRESSEMITTEILUNG

Ermittlungen nach transfeindlicher Gewalt eingestellt

+++ B.U.D. Bayern und LSVD+ Bayern fordern besseren Schutz vor Queerfeindlichkeit sowie mehr Engagement bei der Verfolgung von Täter*innen in Bayern +++

Im Text "Die Angst bleibt" aus der B.U.D. Jahresbroschüre 2024 gewährt Katze einen Einblick, was es für sie bedeutete, transfeindliche Gewalt zu erfahren. Die Folgen des Angriffs: Massive Ängste, schlaflose Nächte, Panikattacken. Katze macht sichtbar, welche Auswirkungen es auf ihre Sicherheit hat, welche Belastungen der Angriff mit sich bringt und wie viel Eigeninitiative es benötigt, um polizeiliche Ermittlungen in Gang zu bringen.

"Vieles konnte ich damals mit Hilfe von B.U.D. gemeinsam aufarbeiten. (...) Ich kann anderen Betroffenen daher nur raten: Engagiert euch, vernetzt euch und redet mit Menschen, die ähnliches erlebt haben. Das hilft."
- Katze

Queerfeindliche Diskurse und die damit einhergehende Entmenschlichung von LGBTQIA* haben 2024 sehr stark zugenommen. Dies äußerte sich unter anderem in Mobilisierungen von hunderten von gewaltbereiten Neonazis gegen CSDs. LGBTQIA*-Feindlichkeit zeigt sich 2024 im B.U.D.-Monitoring in insgesamt 15 registrierten Angriffen. Die Dunkelziffer ist hoch.

Deutschlandweit sind CSDs zunehmend Bedrohungen und Angriffen ausgesetzt - im vergangenen Jahr mindestens 55. Auch in Bayern lassen sich Beispiele nennen: Nachdem junge Rechte für die CSD Demo in Landshut eine Gegendemo angekündigt hatten, fand der Landshuter CSD 2024 unter einem Großaufgebot der Polizei statt. Oder der im Juli diesen Jahres stattgefundenen CSD in Regensburg musste kurzzeitig umgeplant werden, da die Organisator*innen einer abstrakten Bedrohungslage ausgesetzt waren: Die Route wurde geändert und diverse zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen wurden ergriffen, um die Sicherheit der Teilnehmenden zu gewährleisten.

"Bayern muss queere Menschen in Stadt und Land effektiv vor Gewalt schützen. Dafür braucht es sowohl einen expliziten rechtlichen Schutz auf Landesebene und im Grundgesetz, als auch einen wirksamen Aktionsplan gegen Queerfeindlichkeit."
- Markus Apel aus dem Vorstand des LSVD+ Verband Queere Vielfalt in Bayern (LSVD+ Bayern)